

# Kaukasische Post

Erscheint 2-mal wöchentlich:  
am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 15 Abl. für 2 Monate. Anzeigen:  
die 3-mal gespaltene Kleinspalt auf der ersten  
Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle (vorübergehend): Michael-Str. Nr. 89, im Magazin von G. Frid (vormals E. Kuffermann). Sprechstunden: 9—11 vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Nr. 14.

Tiflis, den 20. Februar 1919.

11. Jahrgang.

Wer echten, guten deutschen Naturwein trinken will, wende sich an die Weinhandlung

## „NECKAR“

Gogolewskaja 28, Hans W. Haegeler. 5—5

### Zur politischen Lage.

Der Vertreter der Interessen Georgiens Oberst Gecchanow bleibt in Batum, nachdem die Erklärungen, welche der englische General-Gouverneur des Batumer Gebietes abgegeben hat, von der georgischen Regierung als „bedrückend“ anerkannt worden sind. — Betreffend die Einmischung des dem General Rajniew seitens der englischen Mission zummandierten englischen Offiziers in die Tätigkeitsphäre des gen. Generals an der Achalch-Abchalsalatischen Front hat die Mission dem georgischen Minister des Auswärtigen ihr „Bedauern über die vorzeitige Veröffentlichung des Vorfalles, d. h. bevor sie Kenntnis hiervon erlangt hatte, ausgedrückt“ und dazu bemerkt, daß wenn der betreffende Offizier „unverantwortliche Schritte unternehmen“ sollte (beim erwähnten Vorfall handelte es sich also wohl nur um einen Versuch der Einmischung), ihm zu verziehen gegeben werden würde, daß solche nicht zulässig seien. — Bezüglich des Schwanitzels zwischen englischen und georgischen Wachtposten am Fluße Tscholot (Grenze: Georgien — Batumer Gebiet) hat die englische Mission der georgischen Regierung ihr „Bedauern über das Geschehen“ ausgesprochen und dem Minister des Auswärtigen der Republik Georgien mitgeteilt, daß zwecks Vorbeugung einer Wiederholung ähnlicher unliebsamer Vorfälle die Abführung des Wachtpostens am gen. Fluße angeordnet habe, desgleichen die Verlegung der Wachtposten von der georgischen Grenze rückwärts, näher zu Kobuleti, eine Maßregel, die einen allgemeinen Charakter habe. Nach den Worten des Stabschefs der englischen Mission, Oberst Hellue, hat die Veranlassung zu dem in Rede stehenden Schwanitzel der Umstand geboten, daß ein georgischer Soldat nach Wasser gegangen war und auf den Ruf des englischen Wachtpostens nicht halt gemacht hatte, worauf es zwischen beiden zu einem Wortwechsel gekommen, im Anschluß hieran aber ein Schuß gefallen u. diesem das leichte Gewehr gefolgt sei. — Am Schwarzen Meer (Sotchi) ist auf die Forderung des dortigen beorderten englischen Offiziers, die Feindseligkeiten bis zur Feststellung der Friedensbedingungen einzustellen, der Vornarrsch der „Freiwilligen-Armee“ gehemmt worden. Die georgischen Truppen haben am Flüßchen Hschj (in südlicher Richtung von Sagry) Stellung genommen. Die georgische Regierung beharrt aber nach wie vor auf Räumung des Sotchi-Gebietes, auch von Seiten der „Freiwilligen-Armee“, Befreiung desselben durch englische Bittet bis zur Entscheidung des Schicksals dieses Landstriches auf der Friedenskonferenz und Verlegung des georgischen Grenzschutzes bis nordlich von Sagry, wo Georgiens natürliche Grenze verläuft. — Anlässlich der Überführung des Witschewschow'schen Truppendetachements aus Batum nach Tatum, die bis zum Erscheinen dieser Nummer wohl schon abgeschlossen sein wird, hat die georgische Regierung auf ihre diesbezügliche Anfrage beim Befehlshaber der britischen Streitkräfte im südblichen Kaukasus, was es mit dieser Verlegung auf sich habe und ob sie nicht den Zweck verfolge, der „Freiwilligen-Armee“ im Kampfe gegen Georgien Un-

terstützung zu gewähren, zur Antwort erhalten, daß das erwähnte Detachement in Batum zurückgehalten werden würde, bis zur Beilegung des Krieges zwischen Georgien und der Freiwilligen-Armee und daß es an keinerlei kriegerischen Handlungen gegen Georgien teilnehmen werde. — Schließlich ist noch hinsichtlich der Einmischung eines englischen Offiziers in die Anordnungen der georgischen Militärbehörden über Truppentransporte aus Poti nach Sjachum (der betreffende Offizier hatte letztere zu verhindern versucht) zu erwähnen, daß laut Mitteilung des georgischen Außenministeriums auch dieser Vorfal als abgetan zu betrachten ist, insofern nämlich die englische Mission sofort nach Kenntnisnahme hiervon Befehl erlassen habe, die georgischen Truppen nicht zurückzuhalten und sich überhaupt nicht in die Anordnungen der georgischen Amtsstellen einzumischen.

Witterweile ist aber Achalchj unter dem Anrall der türkischen Banden und der mit ihnen vereinigten achalchjischen Aufständischen aus den Siedlungen, die zum ausgedehnten Besitztum des „Präsidenten der Regierung des südwelischen Kaukasus“ Sever Bek Abakelow (an der Grenze zwischen den Kreisen Achalchj und Abchalsalati belegen) gehören, von den georgischen Truppen geräumt und vom Feinde besetzt worden, ungeachtet dessen, daß sich in Achalchj auch ein englisches Truppenangebot (300 Mann stark) befinden hat, das, wie die „Vorjba“ mitteilen weiß, sich in entscheidender Stunde für „neutral“ erklärt und infolgedessen auch nichts unternommen habe, um die Einnahme der Stadt durch die Türken zu verhindern, obgleich die Vertreter der britischen Großmacht gleich bei ihrem Kommen verhandelt hätten, Transkaukasien auf Grund des Waffenstillstands mit der Türkei von den Türken säubern zu wollen. — Von Wladislawas her ist, wie das georgische Kriegsministerium bekanntmacht, am 11. und 12. d. Mts. von einem Teil der dem Andrängen der „Freiwilligen“ nachgehenden Bolschewiken der Versuch gemacht worden, auf der Georgischen Meerstraße, bei der Darischluß, auf georgisches Territorium durchzubrechen. Es kam dabei zu einem andauernden, überaus heftigen Gefecht, welches damit endete, daß die Bolschewiki (ca. 3000 Mann) sich den Georgiern ergaben, die Waffen auslieferten und in Partien zu 500 Mann zunächst nach Mzchet befördert worden sind. Am 13. 2., morgens, erschienen bei den georgischen Vorposten in der Nähe der Station Kaschel Späher der „Freiw.-Armee“, mit Oberst Daniltschenko an der Spitze, um wegen der abgezogenen Bolschewiki zu verhandeln. Nachdem sie zur Antwort erhalten hatten, daß letztere in das Innere von Georgien abgeführt seien, erklärten sie sich für zufriedengestellt und machten unter Versicherungen von „freundschaftlichen Beziehungen“ und dgl. m. wieder kehr, d. h. zogen sich auf Alt-Las zurück, wo sich zurzeit die Vorposten der „Freiwilligen“ befinden.

Nicht man alle obigen Begebenheiten, Erklärungen, Befehle etc. in Betracht, so gewinnt man den Eindruck, als werde die Atmosphäre freier. Aber wenn man die fortschreitende Mobilisation im Lande, die Beschlüsse der vereinigten professionellen Verbände auf einer ad hoc abgehaltenen Versammlung (Schlußbeschluss des Proletariats, Nonintermeditationen im ganzen Lande, in erster Linie natürlich in Tiflis usw.) und die Tatsache, daß am 19. d. Mts. das georgische Parlament zu einer außerordentlichen Sitzung berufen wurde, mit in Betracht zieht, so verdhert sich einem wieder der Blick in die nächste Zukunft und aufs neue drängt sich die Frage auf: Was wird uns der kommende Tag bringen???

### Inland.

Die Regierung hat die Mobilisation nun auch für das Gouvernement Tiflis ausgeschrieben. Einberufen werden alle militärfähigen jungen Leute, die das 24., 25., 27. und 28. Lebensjahr erreicht haben.

Laut Regierungsbefehl vom 11. d. Mts. ist der Titular Generalgouverneur S. Ch. Baglakelidze auch mit der Ausübung der Pflichten eines Generalgouverneurs im Vortschalaer Kreise betraut worden. Zum Kommissar desselben Kreises ist Awtsentij Waressewitsch Apakidze ernannt und vom Generalgouverneur mit besonderen Vollmachten versehen worden. In einem Aufruf des letzteren (vom 12. 2.) heißt es u. a., daß die Bevölkerung sich „in allen Angelegenheiten des öffentlichen Lebens unmittelbar an einen (d. h. Apakidze) wenden“ soll und nur in außerordentlich wichtigen Sachen durch ihn an den Generalgouverneur selbst. Der Generalgouverneur spricht in demselben Aufruf die Hoffnung aus, daß niemand es an der nötigen Achtung vor den bestehenden Gesetzen und vor den Anordnungen des Kommissars fehlen lassen und ihm seine Unterstützung versagen werde, um so die der Republik feindlichen Elemente an der Ansetzung bzw. Verberetung von Unruhen zu verhindern.

Am 23. d. Mts. wird in der Kathedrale zu Mzchet die feierliche Einführung des Metropoliten der Tifliser Diözese Leonid in das Amt eines Katholikos-Patriarchen von Georgien erfolgen.

Die Wahlen in die Gründungsversammlung sind in ganz Georgien, mit Ausnahme einiger Landestteile, in denen sie aus verschiedenen Gründen einstweilen nicht vorgenommen werden konnten, in dem anberaumten Termin (14.—16. d. Mts.) vollzogen worden. Nach neben beigetragener Weise Mitteilungen über die Wahlergebnisse außerhalb Tiflis aus. Was aber die Stadt Tiflis anlangt, so ist nach vorläufiger Zählung festgestellt worden, daß von 37 126 Stimmzetteln 27 135 auf die georgischen Sozialdemokraten entfielen (Liste N. 4). Die nächstgrößte Stimmenzahl haben die Nationaldemokraten (Liste N. 2) erlangt (3515), die dritte die Sozial-Federalisten (Liste N. 5: — 3215). In der Kolonie Alexandersdorf haben, nebenbei bemerkt, von 223 Wählern 220 für die Liste N. 1 gestimmt. Der „Tifl. Lst.“ verriet dieses Wahlergebnis mit der Gloffe: „Charakteristisch“, ohne näher zu erklären, was er damit sagen haben will. Bekanntlich konnten die Alexandersdorfer auch nicht gut für eine andere Liste stimmen, wenn der Verband der deutschen Kolonien in Georgien durch seinen Anschluß mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei noch lange vor den Wahlen eine diesbezügliche Vereinbarung getroffen hätte und die Kandidaten der georgischen Deutschen (E. Bernheim und P. Wühl) daraufhin in die Liste N. 1 aufgenommen worden wären. Wir wollen annehmen, daß auch die übrigen deutschen Kolonien in Georgien nicht anders gestimmt haben werden als Alexandersdorf und daß Katharinensfeld (bei der Ergänzungswahl) dasselbe ihm wird.

Nach uns zugegangenen privaten Mitteilungen hat Generalmajor Freiherr v. Krosch nebst den anderen Mitgliedern der ehemaligen Deutschen Delegation, im Kaukasus in der vorigen Woche Batum auf einem englischen Dampfer verlassen, und sollen dieselben über Konstantinewel weiter befördert werden.

### Ausland.

Zum Präsidenten der „Deutschen Demokratischen Republik“ ist von der Nationalversammlung in Weimar mit erdrückender Stimmenmehrheit der Sozialdemokrat Ebert gewählt worden. Die Wahl gilt als eine „rechtlich überlegte“ und „glückliche“. Der neue Präsident gehörte zur Partei der sog. „Regierungs-Sozialisten“ oder „Mehrheits-Sozialdemokraten. Als Reichstagsmitglied hat er in seiner Partei eine hervorragende Rolle gespielt und war neben Seidemann ihr Leader, doch nicht so leicht wie dieser für eine Verständigungspolitik zu haben, weshalb er sich auch nicht zum Eintritt in das Koalitions-Kabinett des Prinzen Max von Baden, dieses letzte Ministerium der Monarchie Wilhelm II., bewegen ließ. Dafür wurde er aber nach dem Abgang seines ohne weiteres bereit gefunden, den freigewordenen Posten des Reichsanzlers einzunehmen, in welcher Stellung er alsdann den bekannten Auftrieb an die Bevölkerung erließ, der gewissermaßen die neue Ära des „freien Deutschlands“ einleitete. Als nach dem Ausbruch der Revolution das deutsche Imperium mit blühtiger Geschwindigkeit zusammenbrach und Wilhelm II. die Krone und den Thron verlassen mußte, wurde Ebert in die Zahl der 6 obersten Volkskommissare (3 „Mehrheits-“ und 3 „unabhängige“ Sozialdemokraten) gewählt, wobei er auch in dieser neuen Regierung die Rolle eines Premierer spielte. Durch seine vernünftige Festigkeit und gleichzeitige Duldsamkeit gegenüber den Unabhängigen hat Ebert sich die Hochachtung nicht nur der Sozialdemokratie, sondern auch der linken Bourgeoisie erworben. Sein bisheriges Lebenslauf ist, in Kürze gezeichnet, folgender: Geboren am 4. Febr. 1871 in Heidelbergl als der Sohn eines Schneidermeisters, besuchte er als Knabe die Volksschule und erlernte darauf das Handwerk seines Vaters. Schon in jungen Jahren hat ihn die Arbeiterfrage angezogen. Im Jahre 1892 befindet er sich bereits in Bremen als Redakteur einer örtlichen sozialdemokratischen Zeitung. Hier verehelicht er sich auch (1894 — mit Luise Kump). Im Jahre 1900 wurde er dasselbst Sekretär der Arbeiter. Ende des Jahres 1905 trat er in die Verwaltung der sog. dem. Partei. 1905—1906 war er Mitglied des Bremer Kleinrentnerverbandes. In den Reichstag wurde er im Jan. 1918 gewählt. Nach dem Tode August Bebel's (im August 1913) wurde er dessen Nachfolger in der Eigenschaft des Vorstehenden der sog. dem. Partei in Deutschland. Von seinen vier Söhnen hat er zwei im Kriege verloren; die übrigen stehen im Alter von ca. 20 Jahren. Sein jüngstes Kind, die einzige Tochter, ist 18 Jahre alt. — Im Vorhinein der Nationalversammlung ist der Zentrum (christliche Vorstandsleiter) Abgeordnete Febr. u. Bach, der frühere Reichstags-Präsident, zum hiesigen Vorstehenden der Sozialdemokrat Schulz gewählt worden. — Die Verhandlungen über Erneuerung des

Waffenstillstands, dessen Termin am 17. 2. abgelaufen ist, haben am 14. d. Mts. in Trient begonnen. Zuerst sprach — in Vertretung der Verbündeten — General Foch, hernach — von deutscher Seite — der Minister Erzberger (früher Leader der Zentrumgruppe im Reichstag), welcher u. a. ausführte: „Das deutsche Volk befindet sich unter dem Eindruck, als ob die Verlängerung des Waffenstillstandes zu dem Zweck gehe, Deutschland neue schwere Bedingungen aufzuerlegen und ihm den Frieden vorzuenthalten. Auf diese Weise gestaltet sich der Waffenstillstand für das deutsche Volk zu einer Quelle des Mißtrauens, des Hasses und der Verzweiflung. Hierdurch machen die Verbündeten dem Volkswillens die Bahn frei, während das deutsche Volk im Gegenteil energisch bemüht ist, dem Vordringen des Volkswillens Halt zu bieten. Zurzeit tagt die Gründungsversammlung. Deutschland hat eine demokratische, parlamentarische Regierung, welche die Erfüllung aller von ihm übernommenen Verpflichtungen und die Erreichung des sofortigen Friedenszustandes gewährleistet. Das deutsche Volk hat bereits kolossale Reichtümer angeliefert, so namentlich Kriegsmaterial für mehr als eine halbe Milliarde Mark, Kriegsschiffe für mehr als anderthalb Milliarden Mark usw. An Verlehrsmitteleu hat es soviel übergeben, daß es die Grenzen der Möglichkeit übersteigt; allein die preussischen Staatseisenbahnen haben den Verbündeten deren mehr als für 2 1/2 Milliarden Mark überlassen. Deutschland leidet Hunger und trägt Opfer nur infolge der „Ausbüngerungs“-Blockade. Über eine halbe Million Männer, Frauen und Kinder sind an verschiedenen Krankheiten und Entkräftung, die durch den Hunger bedingt wurden, gestorben.“ Die Verbündeten (unter ihnen namentlich Frankreich) stellen willig neues schon vor einiger Zeit angekündigte Bedingungen, die, wenn sie angenommen würden, für Deutschland die Bedeutung der Selbstvernichtung hätten: in keinem Falle dürfe Deutschland einen Angriffskrieg gegen Polen führen; deutsche Truppen dürften unter keinen Umständen die ehemalige deutsch-russische Grenze (bis nach Sibirien hinunter) überschreiten etc., etc. — Es kann in Anbetracht all dessen nicht übersehen werden, wenn wir von Reden auf der Nationalversammlung; so in erster Linie der Ebert's (zur Eröffnung derselben), der des Ministers für die auswärtigen Angelegenheiten, des Grafen v. Brockdorff-Ransau (auf einer der nächsten Sitzungen) u. a. hören, die von der Entschlossenheit des deutschen Volkes zeugen, im schlimmsten Fall auch zu den Waffen zu greifen, um so die Fortdauer seiner Existenz zu wahren, oder — mit Würde unterzugeben. — Die französische Presse zeigt sich recht besorgt, da in Deutschland immerhin, wie sie glaubt, noch etliche Millionen Krieger nicht demobilisiert seien, die im Falle des Abzuges der amerikanischen Hilfstruppen aus Frankreich und Demobilisierung der eigenen sowie der englischen Trup-

pen (was, wie es scheint, nicht gut zu vermeiden sein wird) sich über kurz oder lang genötigt fühlen könnten, einen neuen Überfall auf Frankreich zu versuchen, um sich an ihm für die dem deutschen Volke durch die vielfache Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen zugefügten Kränkungen zu rächen. Diese Besorgnis wird noch dadurch genährt, daß die auf der Friedenskonferenz zutage tretende Unstimmigkeit zwischen Frankreich einerseits und Amerika und England andererseits, hervorgerufen worden ist gerade durch die Verschiedenheit der Auffassung von der Art und Weise, wie Deutschland fernerhin zu behandeln sein würde. Die erieren möchten es am liebsten ganz vom Erdboden vertilgt wissen, mit Hintanziehung aller Verbindungen, unter denen Deutschland den Frieden überhaupt nur anbieten konnte und die doch von der Entente anerkannt wurden; die letzteren glauben aber, sich — trotz aller Wenn und Aber französischerseits — an das vom Präsidenten Wilson seinerzeit vorgeschlagene Friedensprogramm halten und dementsprechend Deutschland mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen zu müssen. Nur zu leicht könnte es so zu einer Isolierung Frankreichs kommen, die um so verhängnisvoller für dieses werden würde, als auf seiten der Verbündeten vorläufig keine Absicht vorzuliegen scheint, Deutschland zu dem Friedenskongress als vollberechtigtes Mitglied heranzuziehen (ihm gebührt offenbar nur die Rolle des Prügelknaben), die Friedensabmachungen aber deshalb für Deutschland auch nur so weit zwingend wären, als sie von den Verbündeten wirklich erzwungen werden könnten, und außerdem die Voraussetzung, daß es in Deutschland infolge Umsichgreifens des Volkswillens in kürzester Zeit drunter und drüber gehen könnte, sich als nicht zutreffend erweist, im Gegenteil, die Ordnung sich in dem schwergeprüften Lande mit jedem Tage mehr und mehr festigt, und schließlich der bolschewistische Geist sich auch in Frankreich (und nicht minder im verbündeten England) breit machen konnte, während er in Deutschland im Schwünben begriffen wäre. — Wie die Agentur Reuter zu melden weiß, ist die Demobilisation in Deutschland fast schon beendet, da nur noch 100 000 Mann im Osten des Landes unter Waffen stünden. Dafür sollen aber 300 000 „Freiwillige“ — gute und geübte Soldaten — eine neue Armee gebildet haben, in der die Disziplin freilich vorherhand noch zu wünschen übrig lasse usw. — Das deutsche Hauptquartier ist endgültig nach dem Osten des Landes verlegt worden. General-Feldmarschall v. Hindenburg ist in Kolberg eingetroffen, um von hier aus die zum Schutz der deutschen Ostgrenze erforderlichen Maßregeln zu treffen. — Russische (bolschewistische) Funktionäre, die, wie alle Nachrichten, welche über Moskau kommen, mit großer Nachdrück aufzunehmen sind, wissen von Ausfäherungen der Spartakisten in Kiel zu berichten, die zum Zweck der Demobilisierung worden seien, die nach Bremen beorderten

### Das Leid.

Vom Sturm gewiegt zur Ruh,  
Das Leid verwehrt Stunde,  
Die müden Augen zu,  
Ruhst still am Herzensgrunde.  
Nun lind die Wogen gehn  
Darüber hin mit Jagen,  
Als ob sie fürchtend sehn  
Vorher erneutes Klagen.  
So kühl das Leid, so bleich,  
Ein schwerer Traum des Lebens,  
An Hoffnungen so reich —  
Ein Bild verlorren Strebens.  
Du rühre nicht daran,  
Laß ruhen still die Toten;  
Was sich bewegen kann,  
Folgt eigenen Geboten.  
Rud. Dirf.

### Unsere Schwalbenfamilie.

Von F. H.

Eine Schwalbenfamilie ist bei uns eingezogen, mitten in der Großstadt, in unserer Küche. Und wie das geschah? Höchst einfach:  
In der Reizezeit, so wir Pfingsten herum, hielt ein niedliches Schwalbenbärchen Umschau nach passender Wohnung. Dabei kam offenbar unsere Küche insolge muster-

gültiger Friedfertigkeit der hier waltenden Weiblichkeit in engere Nahe. Jedenfalls jekten sich „er“ und „sie“, beide allein Anschein nach äußerst verliebt, bei offenen Fensterflügeln wiederholt auf das Fensterkreuz, wagten bisweilen einen Erkundungsflug durch die Küche und bezogen eines Abends Nachtquartier droben unter der Decke, auf dem Schirm unserer elektrischen Lampe. Gegen die neuen Gäste, an denen wir unsere begriffliche Freude hatten, war nichts einzuwenden, bis eines Tages unser Schwalbenpaar damit begann, oben in der Küchendecke, auf einer Gasröhre, einen solchen Teer- oder Pechunterbau für ein Nest anzuflehen. Damit trat die Schwalbenfrage in ein kritisches Stadium: Der Familienrat mußte aus ästhetischen Gründen zu der Tatsache Stellung nehmen. Unser Brüderlein wies zugunsten der Schwalbenfamilie energisch auf die herrschende Wohnungsnot und die Kriegsverhältnisse hin, während die gute Mutter unerschütterlich war und unsere Schwester die Gewisheit der Gründe gegen den Nestbau sich nicht bestreiten lassen wollte. Also blieben die oberen Fensterflügel vorläufig während der beiden folgenden Nächte geschlossen. Der Nestbau stockte. Unsere Schwester ward von Mitleid gerührt. Und als dann eines Abends eine Nachbarfrau dem Ein- und Ausfliegen unserer Gäste bewundernd von ihrem Fenster aus zusehete und etwas neidisch meinte: „Das bringt Glück“, sprach sich der Familienrat für die endgültige Aufhebung des Nestbauverbotes aus: Fortan blieben die oberen Fensterflügel der Küche tags und nachts bis heute beständig geöffnet.

Das freundliche Entgegenkommen unsererseits blieb bei unseren Schwalben nicht ohne Folgen. Das verliebte Pärchen arbeitete tüchtig am Nestbau, und besonders „er“ war unermüdetlich beschäftigt. Er schleppte gar eine zwei Spannen lange, „beschlagnahmte“ Sanftschur herbei, die geschickt im Fachwerk des Nestgebäudes verankert wurde und zunächst zwecklos herumhing. Schließlich befestigte unsere Schwester noch als „Lutschnus“ einen halben Meter unterhalb des inzwischen vollendeten Nests mit zwei Ketten ein quadratisches Fensterglas und beendigte damit ihre diplomatischen Aktionen gegen die Schwalbenfamilie, die sich fortab des größten Wohlwollens zu erfreuen hatte. Als dann eines Tages unser Schwalbenpaar mit einem weiteren Vertreter seiner Gattung in der Küche erschien, stellte unser Brüderlein fest, daß das „Herr Baupolizist“ der Schwalben sei, der den Nestbau auf die Einhaltung der baupolizeilichen Vorschriften zu prüfen habe.

Die junge Schwalbennebe war äußerst glücklich. Die Besorgtheit des „Hausherrn“ ließ während „ihrer“ Brutzeit nichts zu wünschen übrig, und eines Morgens konstatierte unser kleiner Bruder die erfreuliche Tatsache, daß der „Storch“ vier junge Schwalbchen gebracht habe. Das Schwalbenglied war auf seinem Höhepunkt, und wir auf unsere Schwalbenfamilie nicht wenig stolz. Bald spähen, trotz der fortwährenden Fütterung, vier kleine schwarze Köpfe aus dem Nest beständig hungrig nach den Alten aus, und wenn diese von ihrem Hamsterflug zurückkamen, wurden sie jeweils durch ein vierfaches Freudengeschrei



Regierungsstruppen, die sog. „eiserne Division“, des für sie bestimmten Proviantes zu berauben (dieser sollte von Kiel dorthin befördert werden), aber mit Waffengewalt unterdrückt wurden, wobei viele der Aufständigen verwundet, etliche getötet sein sollen, infolgedessen ein allgemeiner Streik beschlossen worden sei. Auch in Hamburg habe es Unruhen gegeben, desgleichen wieder in der Gegend um Weimar herum (Gotha, Eisenach u. a.; s. Nr. 12 der „Rauf. Post“). — Der Prozeß gegen die Berliner Spartanen wegen des bekannten Auftrages ist abgeschlossen; die Schuldigen sind zu Gefängnishaft (von 3 Monaten bis zu 1 Jahr) verurteilt worden. — Er-Kaiser Wilhelm II. hat anlässlich seines 60. Geburtstages, den er auf einem Landgut in Holland, seinem gegenwärtigen Aufenthaltsort, in bescheidener Weise begangen hat, von vielen seiner Anhänger aus Nah und Fern, so namentlich aus Deutschland, Glückwünsche erhalten.

### Das Nationalitätsprinzip und die Internationalität.

#### IV.

W. P. In einer denkwürdigen Sitzung der französischen Nationalversammlung, die Sitzes, einer der wenigen Führer der Revolution, die dieselbe in allen ihren Phasen überlebten, mit dem ganzen Pathos seines leidenschaftlichen Temperaments von der Tribüne in die bereits durch heftige Debatten erregte Gesellschaft: „As veulent être libres et ne savent pas être justes!“ (Sie wollen frei sein und verstehen es nicht, gerecht zu sein!) Dieses Wort in seiner tiefen Bedeutung ist damals ungehört und unverständlich verflungen, die Logen der Volksbewegung verschlangen Gerechte und Ungerechte, Wahr und Unwahr schien unerschütterlich in der Vernichtung von Leben, Wohlstand, Kulturgütern. Heute stehen wir vor derselben brennenden Frage der Freiheit und der Gerechtigkeit, der misverstandenen und mißachteten Menschenrechte. Aber der Schauplatz hat sich erweitert, das Drama hat sich vertieft, hat einen größeren Umfang angenommen; in den Inbalt sind neue Elemente hineingekommen, die Handlung ist verwickelter, die Lösung eine schwierigere geworden. Das Problem der ungetragenen Freiheit und der unvollkommenen Gerechtigkeit ist scheinbar der Menschheit nicht deutlicher zum Bewußtsein gekommen, wiewohl dasselbe in seiner ganzen überwältigenden Größe jedem einzelnen vorgelegt ist. Der Ruf Sieges sollte lauter, viel lauter überall hinausklängen, in allen Sprachen, an allen Enden der Welt. Wird er gehört werden? Wie viele werden zur Besonnenheit gelangen?

Dem Weltkriege mit seinen unermesslichen Opfern, mit der Verrohung und Verwilderung, die er zur Folge gehabt hat, schließt sich ein neuer Akt der Welttragödie an, der unter dem Leitmotiv des „Kreuzes ihn!“ begonnen

sehnüchlich begrüßt. Im übrigen betrogen sich die jungen Schwälchen durchaus manierlich und geistlos. Was nicht in das Nest gehörte, wurde hinunter befördert, auf den zur Abwehr weiteren Unheils angebrachten „Luffschuß“, von wo es die feinfühligsten Eltern alsbald mit peinigender Gewissenhaftigkeit hinaustrugen ins Freie. Unter emsiger Mithilfe des elterlichen Schwalbepaares entwickelten sich aus den kleinen Köpfchen in kürzester Zeit vier — für Vogelwehrtümpfe respektable — Dickschnäbel, denen das tägliche Wildbrot trefflich bekam und die erhaben herab schauten auf die „hochfertigen Suppen“ und auf die große Praxspanne, in der sechs Kacksteine ihrer „setzlosen“ weiteren Entwicklung entgegenjahen.

Bei dem vorzähligen Gebeihen der Jungen konnte es der Schwalbenvater allmählich wagen, seine Danksprüche einzuflechten. Seitdem er die herabhängende Dankschnur kunstvoll und solid an einem „Kettchen“ des „Luffschusses“ ziemlich kraff befestigt hatte, erschien er weniger häufig als „fie“, steckte aber trotzdem, wenn er sich bisweilen vom Wohlbehinder seiner Kleinen überzeugte, seinen Schnabel tief in den Schlund dieses oder jenes seiner schreienden Kinder, ohne ihnen etwas mitgebracht zu haben, während die Jungen, wenn die Mutter kam, jedesmal Gelegenheit hatten, berüchelt und nicht ohne Anstrengung einen Wispel zu schlucken.

Diese überaus günstigen Voraussetzungen ermunterten eines Tages den kühnsten der Jungen zu dem wagemutigen Versuch, einen Flug auf das vom „Water“ zu

hat. Dieser uralte Ruf aus den Tiefen der Sklavenseele, der nicht Gerechtigkeit, sondern nur Opfer, Opfer ohne Ende und ohne Zahl fordert, ist aufs neue ertönt und hat in unendlichen Abflüssen, in unendlichen Variationen Widerhall gefunden, von den Nordjägern auf offener Straße beginnend bis zu der hohen politischen Tribüne hinauf.

Uns fehlen die Begriffe und die Worte, um die Greuel geübend zu fassen, die ein Teil des organisierten „Proletariats“ nimmer bald 1/2 Jahr unter den Augen der ganzen Welt verübt hat, verübt nicht in der Leidenschaft und der Wut des Kampfes um die zu erringende Macht, sondern als wohlüberlegtes und wohlorganisiertes System, als Doktrin, als konsequente Durchführung einer Idee, der erhabenen Idee der äußersten Linken der Internationale! Die Welt hat diesen Greueln zugehört teils in der Demut eigener innerer Zerfahrenheit, teils mit dem suggerierten Respekt, den urteillose Massen den unbegreiflichen, sinnlosen und unnatürlichen Vorgängen, die einmal als politische oder soziale bezeichnet worden sind, entgegenbringen. Zum großen Teil aber befinden sich breite Schichten der Gesellschaft im Raum ungewohnter Regungen der Instinkte für das „Kreuzes ihn!“ Im Gewoge der irreflektierten und ausgebeuteten Massen, die unter der Psychose nicht wissen, was sie tun, deren Instinkte auf das Wohlleben und den Vorteil des Tages gerichtet sind, kann das Gefühl für Gerechtigkeit nicht gesucht werden, und wir müssen den Gradmesser der sittlichen und geistigen Entwicklung weiter hinauf verfolgen, wo wir etwa Schuld und Sühnen einander gegenüberstellen und in ihrem Ausgleich als ethisches Prinzip betrachten können.

Bevor wir unsere Betrachtung fortsetzen, müssen wir auf einen Begriff zurückkommen, der auf der Rednertribüne, in der Presse und der Tagesliteratur wenn nicht immer mißbräuchlich, so doch mit nur seltenen Ausnahmen mißverständlich, als Schlagwort aber regelmäßig tendenzlos angewandt wird. Im Parteilampf sind die Vertreter des Sozialismus aller Schattierungen stets bemüht, sich als die wahren Vertreter der Demokratie zu empfehlen und diesen Begriff ausschließlich für ihre Partei in Anspruch zu nehmen. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß die Demokratie (Volks Herrschaft) als Partei ihren geschichtlichen Entwicklungsprozeß bereits abgeschlossen hat und seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts das demokratische Prinzip in allen Kulturländern zu seinem berechtigten und unbestrittenen Triumph gelangt ist, so daß also ein Kampf der Demokratie um dasselbe im Gegesatz zu den anderen Parteien einen Anachronismus bedeutet. In dieser Hinsicht stehen alle Parteien auf dem gleichen demokratischen Boden, weil aus den gleichen allgemeinen Wahlen hervorgegangen. Eine Ausnahme macht auch nicht die modern monarchistische Partei, denn auch diese hat das demokratische Prinzip zur Voraussetzung. Aus diesem Grunde sind auch die 3. 3. bestehenden Republiken durchaus nicht regelmäßig demokra-

dischem Zweck gespannte „Dankschnur“ zu unternehmen. Der Probestuß mißlang. Kläglich schreiend sah der Tollkühne auf dem Fensterbrett des „Luffschusses“, bis er von untern kleinen Bruder unter dem Zammern und Mähgeschrei der Eltern wieder ins Nest gesetzt wurde. Aber das Drücken und Stoßen der drei übrigen Geschwister im Nest war ihm auf die Dauer doch zu unbehaglich. Dem Mutigen gehört die Welt. Während die Eltern lockend auf dem Fensterbrett saßen, breitete er eines Morgens stolz die Flügel aus zum Fluge, hinaus in die sonnigen Gärten, ins Reich der Lüfte, und — landete im Gleitflug auf dem Küchenschrank.

Und heute? Die Jungen sind groß geworden wie ihre Eltern und wiegen sich bei schönem Wetter Tag für Tag draußen, im Luftmeer, wo sie, wie unter Bruderlein sagt, „flugschul“ haben. Nur wenn sie abends wieder untere Küche aufsuchen zur Ruhe, erkennt man die Schwalbenväter wieder, denn sie sind bisweilen unartig wie die Menschenkinder. Keines will sich mehr im Reich der Ruhe legen, sie streiten unter einander und möchten alle wie die „Erwachsenen“ auf dem Schirm der elektrischen Lampe schlafen.

Mit Wehmut sehen wir schon der Stunde des Abschieds entgegen. Und wenn unsere Schwalbenväter fortzieht nach des Südens Wärme, dann werden unsere herzlichen Wünsche sie begleiten, und wir werden ihr zurufen: „Rehrt wieder im Geng, wenn die Blumen neu erblühen und die erste Friedenssonne lacht!“

tischer als die Monarchien, so daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika als Staatsoberhaupt größere Machtbefugnisse besitzt, als etwa der König von England oder Norwegen.

Das demokratische Prinzip fordert aber nicht nur gleiche Rechte für alle, sondern auch gleiche Pflichten, d. h. jedes Mitglied der Gemeinschaft, der Nation oder des staatlichen Organismus hat mit dem ihm zuerkannten gleichen Recht auch die gleiche Pflicht zu übernehmen, nach bestem Wissen und Gewissen sein bestes Können auf die Erhaltung, den Wohlstand und die Fortentwicklung des Gemeinwesens zu richten, auf welches sich seine Rechte beziehen. Das moderne allgemeine Staatsrecht hat zwar die gleichen Rechte gewährt, die diesen Rechten entsprechenden gleichen Pflichten aber noch nicht in einer jedermann bindenden Weise zu formulieren verstanden, so daß diese letzteren ein Problem bilden, dessen Lösung voraussichtlich noch ein langer Entwicklungsengang bevorsteht.

Diese staatsrechtliche Unzulänglichkeit der Beziehung der bürgerlichen Rechte zu den bürgerlichen Pflichten ist eine Quelle schlimmer Mißverständnisse und schwerer Mißstände. An der breiten Öffentlichkeit ist selten und wenig von diesen Pflichten die Rede, und wir können geradezu die Beobachtung machen, daß diejenigen Gruppen der Gesellschaft, die am eifrigsten ihre Rechte geltend machen, sich um die Pflichten kaum oder gar nicht kümmern. Es tritt das 3. B. in den Wahlkämpfen aller Länder deutlich zu Tage. Da dieser Ungehörigkeit 3. B. noch durch keine Normen Schwanken gestiftet sind, so hat sie, wie wir vorhin bereits konstatiert haben, die widernatürliche Erscheinung zeitweilig, daß Gruppen und Parteien, die nicht nur die bürgerlichen Pflichten, sondern auch die Pflichten der sittlichen und geistigen Selbsterziehung mißachten, sich das offen erklärte Ziel gesetzt haben, das Gemeinwesen in seiner organischen Lebenstätigkeit zu vernichten, und dieses Ziel auch allen Mitteln mit allen Mitteln der Gewalttätigkeit zu erreichen bemüht sind.

Der heutige Stand der sozialen Entwicklung erlaubt jedenfalls, den unbestreitbaren Grundgedanken aufzustellen, daß das zur Herrschaft gelangte demokratische Prinzip es seiner Partei erlaubt, sich ausschließlich als Demokratie zu erklären, sondern daß die Demokratie alle Parteien umfaßt, die dieses Prinzip anerkannt und dementsprechend die Erhaltung und kulturelle Weiterentwicklung des Gemeinwesens sich zur gemeinsamen Aufgabe gemacht haben. Wir glauben, daß die jüngsten Begebenheiten und die damit verbundenen beispiellos schweren Opfer dieser sozialen Mißverständnisse es wert sind, daß die Menschheit sich bemühe auf den wahren Sinn der Freiheit, daß die Ausübung der Menschenrechte auch die Ausübung der Menschlichkeiten zur notwendigen Bedingung hat, daß die staatsbürgerlichen Rechte streng gebunden sind an die staatsbürgerlichen Pflichten und daß die menschliche Gesellschaft sich endlich freimache von einer Begriffs- und Gefühlsverwirrung, die ein Gebahren oder eine Krankheit sind am sozialen Organismus.

Diese Demokratie, die sich die ernste und unermüdete Arbeit auf allen Gebieten menschlicher Lebenstätigkeit, die Kulturarbeit an sich selbst und am Gemeinwohl zur gemeinsamen Aufgabe gemacht hat, die sich zusammensetzt aus den Mitgliedern aller das Kulturleben adaptenden Parteien und die in ihren gemeinsamen Rechten und gemeinsamen Pflichten eine Gemeinschaft bildet, wo bei allen Unterschieden der gesellschaftlichen Stellung, des Vermögens und der Bildung keiner zu vornehm und keiner zu gering ist, um als emsiger, überzeugter und fruchtbarer Arbeiter am großen Kulturwert der Menschheit teilzunehmen, — diese Demokratie, die in jeder Einzelperson wie in der Gesamtheit ihres Volkstums eine in Freiheit geprägte Individualität darstellt, halten wir für berufen, sich zu verwehren gegen alle gewaltsamen nivellierenden und unformierenden Bestrebungen, ob sie nun in nationaler Beziehung von einem zur Macht gelangten politischen Imperialismus oder in sozialer Beziehung von dem um die Diktatur kämpfenden Proletariat der Internationale ausgehen. Von beiden Seiten droht der Menschheit die gleiche Gefahr, von der Freiheitsidee und der Kulturidee abgelenkt zu werden, dem Doppelstein, der ihr im Dunkel unermesslicher Zeiträume vorsteuert und der sie in der für den Weltprozeß notwendigen Fortbewegung erhält.

(Fortsetzung folgt.)

Vom Vorstand der Tifliser Ortsgruppe des Verbandes der transkaukasischen Deutschen ist uns nachfolgende Erklärung zur Veröffentlichung zugegangen: „Durch die in Nr. 8 der „Kauf. Post“ erfolgte Auslassung über das deutsche Leben in Tiflis fühlte sich der Vorstand der Tifliser Ortsgruppe veranlaßt, mit folgender Berichtigung an die Öffentlichkeit zu treten: Der Vorstand kann nicht ohne weiteres den Vorwurf hinnehmen, daß insbesondere er bezw. die Ortsgruppe im ganzen eine zu geringe Tätigkeit an den Tag gelegt habe, denn wie in demselben Bericht weiter zu lesen ist, sind ja so ziemlich in allen Ortsgruppen, mit Ausnahme von Helenendorf, nicht einmal Vorstände gewählt worden. Nun hat aber die Tifliser Gruppe schon längst einen Vorstand, und die bei letzterem noch heute bestehenden Sektionen, wie: die „Tasse Tee“, die Bibliothek, der Jugendverein, die Theatersektion, haben doch schon manches geleistet. In dieser Beziehung bildet also Tiflis auch eine „Ausnahme“, und ist aus dem Bericht nicht zu ersehen, warum Helenendorf von den beiden Ausnahmen eine „läbliche“ darstellen soll. Außerdem hat aber die hiesige Gruppe noch etwas geleistet: ein Gymnasium ins Leben gerufen. Man wird darauf erwidern, daß Helenendorf schon längst eine Realschule besitzt. Richtig. Aber der Berichterstatter in Nr. 8 spricht doch gerade von der letzten Zeit, d. h. der seit Verlehen des Verbandes und der Ortsgruppen. Womit will Helenendorf sich da rühmen? Außer Beschlüssen über die Notlage des Weinhandels haben wir bisher von dort in den Spalten der „Kauf. Post“ nicht viel mehr, besser gesagt — nichts anderes gelesen. Vielleicht tut sich aber in Helenendorf etwas im Geheimen ab? Weshalb dann die Tifliser allein der Geheimnistuerei beschuldigen und ihnen einen Vorwurf machen, den sie garnicht verdienen? In Sachen der Eröffnung des Gymnasiums hatte die hiesige Gemeinde noch im Frühommer vorigen Jahres eine Kommission gewählt. Dieser Kommission scheinete der Vorstand der Ortsgruppe, deren Mitglieder ja zugleich Gemeindebedienstete sind und ziemlich die ganze Gemeinde ausmachen, sein vollstes Vertrauen. Wenn der Vorstand der Ortsgruppe in dieser Angelegenheit umgangen worden ist, so lag solches wohl daran, daß die Gemeinde über Baugelände, Spielplätze und sonstige Mittel verfügt, welche ihr die Eröffnung des Gymnasiums um vieles erleichterten. Diese Kommission arbeitete durchaus nicht im geheimen, sondern trat wiederholt — mit ihren Beschlüssen und Vorschlägen in der „Kauf. Post“ — an die Öffentlichkeit. Außerdem war doch der damalige Vorsitzende des Deutschen Nationalrates, Herr G. Feid, zusammen mit der Kommission kein Minister, um von ihm die Erlaubnis zur Eröffnung des Gymnasiums einzubohlen. Ferner hat Herr Feid an einigen Sitzungen dieser Kommission teilgenommen. Und über die Beratung von Lehrkräften für das Gymnasium war er stets unterrichtet. Alles dies aber geschah noch im Sommer und Herbst vorigen Jahres. Außer der Geheimnistuerei soll die Kommission aber noch etwas verschuldet, nämlich sich bezüglich der Finanzierung des Unternehmens als völlig unfähig erwiesen haben, wodurch sie sowohl als auch die Ortsgruppe angeblich zu lauter „Überraschungen und in eine Klemme kamen, aus der nur ein glücklicher Zufall oder eine „hochherzige Spende“ das Unternehmen vor einem sicheren vorzeitigen Ende bewahren konnte.“ Die Anteilseiner, die die Kommission in Beschlag gebracht und auch eingeführt hat, sind, wie der Nationalrat meint, keine Sicherstellung des Unternehmens. Dieser meint, daß nur eine streng durchgeführte Selbstbesteuerung zu einer glücklichen Lösung aller kulturellen Aufgaben nicht nur der Tifliser, sondern auch aller übrigen transkaukasischen Deutschen führen kann. Zugegeben. Aber die Kommission, die die hiesigen Verhältnisse genau kennt, konnte mit der Eröffnung des Gymnasiums nicht warten, bis die Selbstbesteuerung am Ort durchgeführt sein würde. Sie war gezwungen, zu einem anderen Mittel zu greifen, und fand einen Ausweg in den Anteilseimern, die, wenn auch langsam, so doch nach und nach Abnehmer finden. Wenn aber die Selbstbesteuerung ein so vielversprechendes Mittel ist, warum hat denn der Nationalrat nicht zeitiger dafür gesorgt, daß sie in den Ortsgruppen eingeführt wurde? Dann hätte der Nationalrat bezw. die letzte Delegiertenversammlung, um

aus der Klemme zu kommen und die „Kauf. Post“ sicherzustellen, auch nicht zu Maßregeln greifen brauchen, die gerade das Gegenteil von einer Selbstbesteuerung sind. Dann wären auch die Kolonien vor Überraschungen bewahrt geblieben. Ob die Finanzierung der „Kauf. Post“ kaufmännisch gut durchdacht ist, darüber will sich weder der Vorstand der Ortsgruppe, noch die Synakalkommission ein Urteil anmaßen. Letztere war aber stets der Meinung, daß ihre Sache insbesondere im ersten Jahr ohne Spenden nicht durchzuführen sein würde, auch schämt sie sich durchaus nicht, solche anzunehmen, denn sie weiß nur zu genau, daß eine Lebranstalt in den seltensten Fällen ohne Spenden bestehen kann. Der Berichterstatter läßt die Leser der „R. P.“ nur im Unklaren, darüber, welches der „glückliche Zufall“ und wer der „hochherzige Spender“ waren. Die erste Spende für das Gymnasium erfolgte jedenfalls ohne Anspruch auf Hochherzigkeit seitens des Spenders und auch nicht in Gnaden; im Gegenteil sie wurde ihm mit dem größten Wohlwollen und in Erkenntnis seiner Notwendigkeit dargebracht. Somit bleibt als „hochherziger Spender“ nur noch der Nationalrat bezw. die Delegiertenversammlung. Diesbezüglich aber eine kurze Bemerkung. Ist denn die „Kauf. Post“ nicht schon zweimal durch Spenden ins Leben gerufen worden, und zwar durch Spenden der hiesigen Deutschen, wobei sich diese nicht einmal einer Hochherzigkeit rühmen wollen? Bildet sich denn, im Grunde genommen, der Fond, mit dem der Nationalrat operiert, nicht auch aus Spenden? Warum sind die Tifliser Deutschen, die doch bis jetzt allen ihren Zahlungsverpflichtungen dem Verbands gegenüber nachgekommen sind, nur auf Gnade angewiesen, in einer Sache, die allen transkaukasischen Deutschen zugute kommt? Bekanntlich ist das Gymnasium an die hiesige Gemeinde übergegangen. Dadurch hat es nicht allein gewisse Vorteile, sondern auch bezüglich seiner Sicherstellung vieles gewonnen, ohne die Gemeindefürsorge, die augenblicklich über keine freien Mittel verfügt, in Anspruch zu nehmen. Es geht daraus hervor, daß auch die hiesige Ortsgruppe, ähnlich wie in Batumi, mit der Kirchengemeinde Hand in Hand arbeitet. Die Gründung eines Gymnasiums in Tiflis soll auch nicht bedeuten, daß die Ortsgruppe bzw. die Tifl. Gemeinde getrennt vorgehen wollen, durchaus nicht, die Tifl. Deutschen sind bereit, mit ihren transkaukasischen Stammesbrüdern in der Verfolgung ihrer Kulturziele überall mitzumachen, und sollte die von der Delegiertenversammlung angeordnete Selbstbesteuerung hiesigen Orts nicht durchführbar sein, so wird sie zur Beschaffung von Geldmitteln für die eigene wie auch für die allgemeine Sache andere Wege ausfindig zu machen wissen. Sollte sich aber, und darauf sei an dieser Stelle ganz besonders hingewiesen, der Zusammenschluß der Ortsgruppen eng gefaßt, dann wäre vor allem erwünscht, daß an Stellen, wie in der Delegiertenversammlung, nicht nur solche Stimmen laut werden, die vom erhabenen Standpunkt ihrer klugen, rechnerischen Unschärbarkeit kritisieren und bemängeln, sondern auch solche, die aufmunternd dort wirken, wo man aus dem lethargischen Schlaf erwacht und sich zu rühren anfängt.“

Am Namen der Tifliser Ortsgruppe überreicht von Fr. Hein, dem dtz. Vorsitzenden. Nachschrift der Redaktion. Zudem wir obiger Erklärung des Vorstandes der Tifliser Ortsgruppe pflichtgemäß in den Spalten unseres Blattes Raum gewährt haben, möchten wir zu ihr folgendes bemerken: Von einer Gegenüberstellung der Helenendorfer und der Tifliser Ortsgruppen, oder gar von einem „Sich rühmen“ der ersteren ist in dem Bericht über die erste Sitzung des Zentralvorstandes des Verbandes der transkaukasischen Deutschen in Nr. 8 der „R. P.“ nichts enthalten. Daß derselbe Helenendorfer Ortsgruppe als „Ausnahme“ (der Ausdruck „läblich“ findet sich in dem Bericht nicht) bezeichnet worden ist, hat seine Richtigkeit, nur bezieht sich dieser Passus auf eine ganz andere Zusammenstellung, auf die mit den übrigen Ortsgruppen, außer der Tifliser Ortsgruppe, von dessen Vorstand, als einem bereits existierenden, ja an mehreren Stellen des Berichts gesprochen wird. Denn die Heise des dtz. Vorsitzenden im Zentralvorstand, G. Tröcher's, u. a. zwecks Anregung der Bildung von Vorständen in den einzelnen Ortsgruppen, wovon an der betreffenden Stelle unseres Berichts die Rede ist, konnte naturgemäß die Tifliser Ortsgruppe nicht betreffen und ist daher auch nach den Regeln der Interpretation in keinen Zusammenhang mit der letztgenannten Gruppe zu bringen. — Ferner liegt ein arges Mißverständnis vor, wenn der

Vorstand der Tifliser Ortsgruppe den Ausdruck „hochherzige Spende“ auf die seitens des Deutschen Nationalrates in Transkaukasien (er existiert bekanntlich zurzeit nicht mehr; an seine Stelle sind getreten: der Deutsche Nationalrat in Georgien, der Deutsche Nationalrat in Aserbeidjan und der Zentralvorstand des Verbandes der transkaukasischen Deutschen) in Aussicht gestellte Subsidie beziehen zu müssen glaubt. Der Ausdruck bezieht sich in Wirklichkeit auf die Spende, von der der Vorstand an erster Stelle spricht und die der dtz. Vorsitzende im Zentralvorstand, nicht der Spender selbst, als „hochherzig“ zu bezeichnen, für notwendig befunden hat, wie unser Bericht unabweislich besagt, und die diese Bezeichnung, nach unserem Dafürhalten, auch verdient, da die „Notwendigkeit“ der Darbringung einer solchen Spende die Hochherzigkeit des Spenders nicht ausschließt, insofern ein Nach im gegebenen Fall bezweifelungsweise nicht vorlag. Abgesehen dürfte der Vorstand der Tifliser Ortsgruppe sich zur Genüge dessen bewußt sein, daß die Namensnennung des Spenders nicht immer gewünscht wird. — Ferner ist aus dem Bericht in Nr. 8 der Vorworte der „Geheimnistuerei“ nicht ersichtlich, weder in Bezug auf die Tifliser Ortsgruppe, noch bezüglich der Helenendorfer Ortsgruppe. Eine möglichst vielseitige Beurteilung wichtiger Fragen aber, wie sie z. B. die der Gründung eines Gymnasiums's ist, ist stets erwünscht; unterbleibt sie oder erfolgt sie zu spät, wie hinsichtlich des deutschen Realgymnasiums geschehen ist, dessen Eröffnung längst schon bis in alle Einzelheiten feststand, als die erste Mitteilung hierüber in der „R. P.“ erschien, so liegt hierin noch nicht eine „Geheimnistuerei“, sondern eine Unterlassung, die durchaus nicht immer auf Böswilligkeit zurückzuführen ist. — Schließlich, was das Wesen der in der Erklärung des Vorstandes der Tifliser Gruppe verhandelten Frage anlangt: das Verhalten der Ortsgruppe zur erwählten Neubildung, d. h. dem Gymnasium, so geht aus dieser Erklärung wiederum nur die eine Tatsache hervor, daß eine Angelegenheit der öffentlichen Initiative, d. h. der örtlichen ev. luth. Kirchengemeinde (Kommission von der Gemeindeversammlung erwählt, nicht von der Ortsgruppe!) mit einer Angelegenheit rein privaten Charakters (nachheriges Eintreten der Tifliser Ortsgruppe für die zu gründende Schule) verwechselt wurde, bis erst zuguterletzt die Frage, wem denn eigentlich das Gymnasium gehören soll, ob der Gemeinde oder der Ortsgruppe Tiflis, auf Betreiben von dritter Seite entschieden wurde, und zwar im Sinne der ersteren Annahme, und dadurch endlich auch die Erstenfrage bezüglich dieser Veranlassung geregelt wurde, wobei es als selbstverständlich erscheint, daß wenn eine Subsidie aus dem Fond des Verbandes der transkauk. Deutschen beansprucht wurde, der Deutsche Nationalrat von der geplanten Gründung rechtzeitig hätte in Kenntnis gesetzt werden sollen, damit er seinerseits die erforderliche Zustimmung der Delegiertenversammlung gleichfalls rechtzeitig hätte einholen können, und das hätte um so eher geschehen sollen, als die Gründung des Real-Gymnasiums ja Angelegenheit nicht der Tifliser Ortsgruppe, sondern der Tifliser Kirchengemeinde war, wie sich hernach herausgestellt hat, deren Angelegenheit nicht vor die Delegiertenversammlung gehören, und also auch nicht vor den Nationalrat, bevor sie diesem von jener nicht unterbreitet wurden. Die Fatalität des Mißverständnisses, wie es seinerzeit zwischen dem Vorstand der Tifliser Ortsgruppe, richtiger — dem Tifliser Kirchenrat und dem Deutschen Nationalrat bestand, beruhte aber gerade, wie uns scheinen will, auf der Unklarheit des Verhältnisses der an ihr interessierten Institutionen zur Neubildung. Sie wäre aber zu vermeiden gewesen, wenn die ganze Angelegenheit mehr, als geschehen ist, in der Öffentlichkeit, vor allem in der „Kauf. Post“, verhandelt worden wäre. — Alles, was sich in der Erklärung auf die „Kauf. Post“ bezieht, für deren Unterhalt der Nationalrat „zeitiger“ — durch Einführung der Selbstbesteuerung in den Kolonien — zu sorgen verpflichtet“ gewesen wäre, gehört nicht zur Sache und bedarf an dieser Stelle somit auch keiner Berichtigung. Was aber die „Überraschungen“ anlangt, die den Kolonien durch den Beschluß der letzten Delegiertenversammlung betreffs Bedingung der Auslagen für die Herausgabe der „R. P.“ angeblich bereitet worden sind, so ist hierüber bereits in den vorhergehenden Nummern unseres Blattes in dieser nächtlichen Abtheilung die nötige Aufklärung erteilt worden, und halten wir es daher für überflüssig, diese Frage noch einmal zu behaupten. Wir wiederholen nur: Beschlüsse der Delegiertenversammlungen sind Akte der freien Willensäußerung und ihre Durchführung auf den Kennen: Zwang oder Vergewaltigung — bringen wollen, heißt: Die Delegierten, welche jene Beschlüsse gefaßt und mitunterzeichnet haben, sind unumwunden, um nicht zu sagen, unzurechnungsfähig erklären, wofür diese von ihren Kritikern in Stadt und Land selbst Rechenschaft fordern mögen.

Herausgeber: Der Z. V. des Verbandes der transk. Deutschen. Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.